

6. Wahlperiode – 19. Sitzung

Tagesordnungspunkt 7

„Forderung von Kreistagen im Freistaat Sachsen nach der 10H-Regelung“

16. September 2015

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Was soll man zu so einem Antrag der AfD eigentlich noch sagen?

Es sieht so aus, lieber Kollege Urban, dass Sie noch einiges über parlamentarische Gepflogenheiten lernen sollten. Ich weiß, Sie lehnen genau diese parlamentarischen Gepflogenheiten ab. Sei es drum. Ich wundere mich trotzdem. Wir haben hier im Hohen Haus schon viele Anträge in dieser Legislatur beraten, und Sie sind auch schon seit einem Jahr dabei. Normalerweise ist es eigentlich ganz einfach, wie man einen solchen Antrag aufbaut: Es gibt einen Antragstext, darin gibt es einen Berichtsteil; und in einem anderen Bereich kann man die Staatsregierung auffordern. Man sollte aber zumindest die politische Ebene treffen. So viel Sorgfalt sollte man schon noch in die Anträge hineinlegen und dies zumindest schaffen. In der Begründung kann man es noch etwas schärfen und genauer erläutern. Wenn ich mir Ihren Antrag so anschau, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, so sieht das darin etwas anders aus.

Zu Punkt 1: Ihr Antragstext ist in der Tat die Einforderung eines Berichtes, aber – hier komme ich zur ersten formalen Frage – die Ebene sollten Sie schon treffen. Warum sollte bzw. könnte die Staatsregierung über Beschlüsse von Kreistagen berichten? Es ist doch vielmehr so, dass es Aufgabe der Kreistage ist, selbst über getroffene Beschlüsse zu berichten, also: kommunale Ebene – Landesebene.

Zu Punkt 2 Ihres Antrages: Das ist eine irgendwie in eine Berichtsform gepackte Forderung, und ich muss zugeben, es ist genauso gerissen wie listig und plump; denn Sie gehen hier wie selbstverständlich davon aus, dass die Staatsregierung vorhätte, in irgendeiner Form eine Abstandsregelung, eine 10H-Regelung, einzuführen. Ich sage Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit: Es wird in Sachsen keine 10H-Regelung geben, das können Sie sich aufschreiben. Es gibt in Sachsen keine 10H-Regelung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern hat die Staatsregierung zu Punkt 2 auch überhaupt nichts zu berichten. Schon allein deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen. Zu Punkt 1 ist er formell fragwürdig, Ebene nicht getroffen. Zu Punkt 2 ist er vollkommen überflüssig.

Kommen wir nun zur Begründung Ihres Antrages. Auch hier wundere ich mich; denn in der Begründung, finde ich, versuchen Sie mit ganz billiger Polemik, genau dieselbe Stimmung zu machen, wie wir das auch schon im letzten Monat zu einem fast „baugleichen“ Thema, zum Thema Windkraft, hatten. Oder wie sonst soll ich Ihre Ausdrücke von „blinder Technikgläubigkeit“ oder „politischem Schlingerkurs“ verstehen? Ihr Antrag – nun erwarte ich Ihren Applaus – ist, genau wie jener im letzten Plenum, ganz billiger Populismus.

Lassen Sie mich klarmachen: Die SPD und die CDU haben sich im Koalitionsvertrag ganz klar zum Ausbau der Windkraft bekannt. Wir folgen hier keiner blinden Technikgläubigkeit, wie Sie das behaupten. Wir folgen ganz einfach einer ökonomischen Tatsache, die sagt: Windkraft onshore, die Windkraftnutzung an Land, ist seit Langem die günstigste Form, erneuerbare Energien zu erzeugen. Hierin sehe ich keinen Schlingerkurs. Wir wollen die Windkraft in Sachsen voranbringen, wir wollen neue Industriearbeitsplätze und neue Wertschöpfungsketten schaffen. Das ist für uns kein Schlingerkurs, sondern kluge Wirtschaftspolitik und gute Energiepolitik in Sachsen.

(Beifall bei der SPD)

Und ganz nebenbei: Die 10H-Regelung – mein Vorredner, Kollege Fritzsche, hat das in seiner ruhigen Art noch einmal gut dargelegt; lieber Kollege Fritzsche, ich beneide Sie darum, ich kann das nicht immer so ruhig – würde bedeuten, dass in Sachsen kein einziges Windrad mehr gebaut werden kann. Sachsen würde in der Energiewende abgehängt. Wir haben im Moment in den erneuerbaren Energien knapp 12 000 Arbeitsplätze. Wir würden diese gefährden, und das kann niemand ernsthaft wollen. In der letzten Woche war ich mit meinem Kollegen Baum im rheinischen Revier, und wir haben uns dort angeschaut, wie erneuerbare und konventionelle Energiewirtschaft zusammengehen. Wir haben gemerkt, wie dort geforscht wird und dass dort eine Gründerstimmung, eine regelrechte Aufbruchstimmung herrscht. Eine solche Aufbruch- und Gründerstimmung wünschen wir uns auch für die erneuerbaren sowie die konventionellen Energien in Sachsen. Wenn wir diese Gründerstimmung, diese Aufbruchstimmung erzeugen, dann ist mir persönlich nicht bange um die Energiewende in Sachsen. Klar ist aber auch – das gilt gerade für das Thema Wind –: Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Wir können die Energiewende nur gemeinsam mit den Planungsverbänden und den Bürgerinnen und Bürgern gestalten. Aus diesem Grund machen wir uns für flexible Abstandsregelungen stark, und ich predige Ihnen das Mantra gern auch noch ein nächstes und ein übernächstes Mal: Flexible Abstandsregelungen, Planungsverbände und mehr Bürgerbeteiligung sind für uns der Schlüssel zur Energiewende. So steht es im Koalitionsvertrag und so wird es die Koalition auch umsetzen. An der Bürgerbeteiligung müssen wir arbeiten, keine Frage. Wir müssen die Sorgen und Nöte ernst nehmen. Wir müssen an der Akzeptanz der erneuerbaren Energien arbeiten. Das gilt ganz besonders für das Thema Windkraft.

Wir wollen hier noch stärker auf die Beteiligung setzen. Es gibt in Sachsen bereits viele gute Beispiele. Es muss nicht immer Bürgerwindkraft sein. Es kann sicherlich auch eine andere Form sein, aber klar muss sein: Die Bürgerinnen und Bürger müssen an der Wertschöpfung, an den Gewinnen beteiligt werden. Genau darum geht es. Auch dies ist ein weiterer Schlüssel für die erneuerbaren Energien. Ich komme zum Schluss. Wir wollen ermöglichen, wir wollen nicht verhindern. Wir wollen, dass die Energiewende in Sachsen ein Erfolg wird. Wir wollen neue Industriearbeitsplätze schaffen und neue Wertschöpfungsketten ermöglichen. Wir tun das für die Umwelt, für das Klima, aber in allererster Linie für die Wirtschaft und die Menschen in Sachsen. Deshalb wird es keine festen Abstandsregelungen geben, und daher wird es von meiner Fraktion genauso wenig eine Zustimmung zu Ihrem Antrag geben. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)